

Sozialversicherungsbeiträge auf 40 Prozent begrenzen.

Eine Antwort auf die Forderungskritik der IG Metall.

Einleitung

Die Arbeitgeberverbände fordern, die Sozialversicherungsbeiträge bei maximal 40 Prozent zu deckeln. Die IG Metall kritisiert das massiv. In diversen Beiträgen (u.a. „Und täglich grüßt die Demografie“¹⁾ sowie „Sozialkassen nach Corona: Wer zahlt die Rechnung?“²⁾) versucht sie zu erläutern, warum die Erhöhung der Beiträge in Wahrheit gar kein Problem sei.

In diesen Beiträgen wird viel Mühe darauf verwendet, ein Hinterfragen der Ausgaben grundsätzlich zu diskreditieren. Das ist aus drei Gründen ein gefährlicher Weg: Zum einen hängt die Akzeptanz des Sozialsystems auch davon ab, dass die Beitragszahler auf einen effizienten Umgang mit ihren Beiträgen vertrauen können - dass also vor allem denjenigen geholfen wird, die die Hilfe auch wirklich benötigen. Zum anderen müssen alle Leistungen finanziert werden, und zwar dauerhaft. Beitragszahlern die Diskussion darüber zu verweigern,

was mit ihrem Geld geschieht, ist ein fragwürdiges Demokratieverständnis. Und drittens ist es mindestens unklug, Erwartungshaltungen an die soziale Sicherung zu wecken, die nicht zu erfüllen sind und entsprechend auf lange Sicht das Vertrauen in Staat und Gesellschaft untergraben.

Am meisten überrascht aber, dass die Autorinnen sich selber nicht um nachhaltige Lösungsansätze bemühen, im Gegenteil sogar ausdrücklich nur über Leistungen statt über deren Finanzierung sprechen wollen. Wer über das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und Generationengerechtigkeit spricht, muss aber zwingend auch die Frage der Finanzierbarkeit dieses Sozialstaates beantworten. Denn ein funktionierender Sozialstaat wird nicht an den versprochenen Leistungen gemessen, sondern daran, dass er die Versprechen halten kann.

1) Grabietz, Katharina: Und täglich grüßt die Demografie, abzurufen unter: <https://www.sopo-info.de/de/article/23.und-t%C3%A4glich-gr%C3%BC%C3%9Ft-die-demografie.html> (zuletzt abgerufen am 13.07.2021)

2) Grabietz, Katharina/ Janczyk, Stefanie: Sozialkassen nach Corona: Wer zahlt die Rechnung?, Blätter für deutsche und internationale Politik vom 22.07.2021

Grundsätzlich

Unstreitig ist: Der Sozialstaat wird und muss von einem gesellschaftlichen Konsens getragen werden. Das setzt eine seriöse, nachhaltige und generationengerechte Finanzierung voraus. Diejenigen, denen von ihrem Bruttolohn ein erheblicher Teil zwangsweise abgezogen wird, haben das Recht darauf, dass mit ihrem Geld effizient und zweckmäßig umgegangen wird – vor allem, dass das Geld an der benötigten Stelle ankommt, statt beispielsweise in der Verwaltung zu versickern. Wer solche Fragen verbieten möchte, versündigt sich am solidarischen Grundgedanken des Sozialstaats.

Wer Leistungen schafft, die ohne Wirkung bleiben (wie aktuell die Grundrente³⁾), der verschwendet das Geld der Beitragszahler und missbraucht den guten Willen der Beschäftigten, im Sinne des Solidarprinzips die be-

trächtlichen Abzüge vom Bruttoeinkommen zu akzeptieren, der zerstört auch Vertrauen und damit auch letztlich den Sozialstaat an sich.

Der Sozialstaat bleibt nicht aus sich heraus lebensfähig. Er ist darauf angewiesen, dass viele Menschen Arbeit haben und mit ihren Steuern und Beiträgen die Ausgaben finanzieren. Deshalb muss es – bei aller Diskussion über die Ausgestaltung – gemeinsames Ziel sein, dass Arbeit in Deutschland auch in Zukunft attraktiv, wettbewerbsfähig und bezahlbar bleibt. Weder Arbeitgeber noch Beschäftigte haben ein Interesse daran, dass wegen zu hoher Lohnzusatzkosten Arbeitsplätze abgebaut werden müssen und die Finanzierungslast von sozialstaatlichen Leistungen auf noch weniger Schultern verteilt wird.

Zu den Thesen der IG Metall im Einzelnen

IG-Metall-These 1:

» **Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz hat keinen Einfluss auf Wettbewerbsfähigkeit.**

Diese These scheint zunächst einleuchtend, weil Deutschland nach wie vor ein exportstarkes Land ist. Die Lohnzusatzkosten wirken allerdings unmittelbar auf die Arbeitskosten – steigen sie, müssen auch die Preise steigen. Preiserhöhungen führen zu Absatzeinbußen.

Natürlich sind die Lohnkosten nur ein Teil der Arbeitskosten (und diese nur ein Teil der gesamten Produktionskosten), und theoretisch kann auf Erhöhungen an einer Stelle mit Kürzungen an anderer Stelle begegnet werden. Das bedeutet dann allerdings entweder eine Verringerung des Gewinns pro Stück (womit sich die Produktion am Standort weniger rechnet), die Steigerung der Produktivität (was nur begrenzt möglich ist) bis hin zum Kürzen freiwilliger Sozialleistungen oder dem Ausstieg aus der Tarifbindung. Keine dieser Maßnahmen ist einfach umzusetzen, zudem sind sie teilweise nur einmalig durchführbar.

Entscheidend sind stets das soziale, technische und ökonomische Umfeld, mithin die Leistungsfähigkeit des Unternehmens, sowie Absatz und Absatzpreise.⁴⁾ Im Blick zu halten ist überdies, dass der Verzicht auf Gewinn auch weniger Wachstum und weniger Stabilität bedeutet. Denn nach überwiegender empirischer Evidenz bilden laufende und zukünftig zu erwartende Gewinne ein wesentliches Investitionsmotiv.⁵⁾

Hohe Zusatzkosten sind also nicht nur ein Wettbewerbsnachteil, sie führen auch zum Abbau von Arbeitsplätzen⁶⁾ und wirken so indirekt dämpfend auf den privaten Konsum – aber natürlich hat es auch direkte Auswirkung, wenn den Arbeitnehmern weniger netto vom brutto bleibt. Jeder zusätzliche Beitragssatzpunkt kann – rein rechnerisch – rund 90.000 Arbeitsplätze kosten.⁷⁾

3) vgl. Rudzio, Kolja: Die vermurkste Grundrente, Die Zeit vom 22.07.2021; Creutzburg, Dietrich: Die Respektlos-Rente, F.A.Z. vom 20.07.2021

4) Gözlig, Bernd: Wettbewerbsfähigkeit und Lohnstückkosten in der Strukturanalyse, DIW (Hrsg.), Berlin, August 1998, S. 7

5) Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1995/1996, S. 220

6) Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren, 2003/2004, S. 216, 367; Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, 2002/2003, S. 236

Sozialversicherungsbeiträge sind Teil der Arbeits- und damit der Lohnstückkosten. Lohnstückkosten sind nicht der einzige Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit (auch an dieser Stelle ist der IG Metall zuzustimmen) – aber einer der wichtigsten.

Die Lohnstückkosten geben das Verhältnis der Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde zur Produktivität je Beschäftigtenstunde an. Steigen die Arbeitskosten stärker als die Produktivität, steigen die Lohnstückkosten und die Betriebe verlieren an Wettbewerbsfähigkeit.⁸⁾ Umfragen und Studien zufolge sind hohe Lohnstückkosten ein wesentlicher Treiber für die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland.⁹⁾

Bereits heute treffen in Deutschland hohe Arbeitskosten auf eine seit Jahren stagnierende und im internationalen Vergleich nur noch mittelmäßige Produktivität. Jede zusätzliche Verteuerung des Faktors Arbeit (etwa durch eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge) wirkt sich unmittelbar negativ auf die Lohnstückkosten und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland aus.¹⁰⁾

Deutschland befindet sich außerdem nicht nur im Wettbewerb um Absatzmärkte, sondern auch im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte, die sich aussuchen können, in welchem Land sie arbeiten möchten. Für viele von Ihnen ist die Frage, wieviel ihnen tatsächlich netto bleibt, ein wesentlicher Aspekt bei der Entscheidung.¹¹⁾

Die Wirkung der Sozialversicherungsbeiträge haben sowohl eine rot-grüne Bundesregierung (1998 im Koalitionsvertrag: „Die Entlastung der Arbeit durch eine Senkung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten ist ein Eckpfeiler unserer Politik für neue Arbeitsplätze. Dazu werden wir (...) Strukturreformen durchführen, um die Zielgenauigkeit und Wirtschaftlichkeit der sozialen Sicherungssysteme zu verbessern.“¹²⁾) als auch eine schwarz-rote Bundesregierung klar benannt: Ausdrückliches Ziel der „Sozialgarantie 2021“ war es, die Beitragssätze der Sozialversicherung bei maximal 40 Prozent zu stabilisieren und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.¹³⁾

Auch mit Blick auf die Unterstützung von selbstständigen Künstlern und Publizisten in der Krise hat die Bundesregierung in den Jahren 2021 und 2022 die Beitragssätze der Künstlersozialkasse stabilisiert, um hierdurch die Liquidität der Unternehmen nicht zusätzlich mit einem Anstieg der Künstlersozialabgabe zu belasten und einen nach dem Ende der Krise einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu behindern.¹⁴⁾



7) Ehrentraut, Oliver et. al.: Sozialbeitragsentwicklung und Beschäftigung. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen steigender Beitragssätze in der Sozialversicherung und Finanzierungsalternativen Studie, Prognos (Hrsg.), Freiburg, Mai 2017, S.7

8) Schönwälder, Thomas: Begriffliche Konzeption und empirische Entwicklung der Lohnzusatzkosten in der Bundesrepublik Deutschland – eine kritische Betrachtung, Hans Böckler Stiftung (Hrsg.), Düsseldorf 2003, S. 32; Schröder, Christoph: Produktivität und Lohnstückkosten der Industrie im internationalen Vergleich, IW (Hrsg.), Dezember 2010, S. 2 ff.

9) Laut einer DIHK-Umfrage bei 1.554 Unternehmen (vgl. F.A.Z. vom 02.02.2005) wird der Verlagerung von Produktionsstätten der Bereich Forschung und Entwicklung folgen. Etwa 30 Prozent der deutschen Unternehmen – insbesondere in den Branchen IT-Herstellung, Maschinenbau, Kfz-Zulieferindustrie und Elektrotechnik – forschen mittlerweile im Ausland; die Hälfte hiervon (15 Prozent insgesamt) hat Forschungsaktivitäten verlagert. Wesentliche Gründe: niedrigere Lohnkosten, weniger strenge Auflagen (z.B. Gentechnik, Stammzellenforschung) und eine höhere Verfügbarkeit besser ausgebildeter Mitarbeiter; Bundeszentrale für politische Bildung, Verlagerungsmotive, 25.01.2010 m.v.N., abzurufen unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52851/verlagerungsmotive> (zuletzt abgerufen am 27.07.2021); Stahlecker, Thomas et.al.: Die Sicherung der unternehmerischen Innovationsfähigkeit vor dem Hintergrund globalisierter Märkte, Fraunhofer ISI (Hrsg.), Karlsruhe 2013, S. S.9; Schmidt, Dennis: Die Bedeutung der Lohnzusatzkosten als Standortfaktor, Saarbrücken 2008

10) Zum Zusammenhang zwischen Lohnstückkosten und Arbeitskosten/Produktivität, vgl. die im Anhang stehenden Grafiken. Diese zeigen außerdem, wo sich Deutschland im internationalen Vergleich befindet: Bei der Produktivität mittelmäßig mit klarer Abwärtstendenz, bei den Lohnstückkosten Spitze.

11) Crocoll, Sophie: Warum Hochqualifizierte Deutschland den Rücken kehren, Wirtschaftswoche vom 24.08.2021 abzurufen unter: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/fachkraeftemangel-warum-hochqualifizierte-deutschland-den-ruecken-kehren/27545944.html> (zuletzt abgerufen am 30.08.2021)

12) Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert, Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die GRÜNE, 14. Legislaturperiode, Bonn Oktober 1998, S. 11 f.

13) Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken, Ergebnis des Koalitionsausschusses, 03.06.2020, S. 2

14) BT-Drs. 19/29893, S. 24

IG-Metall-These 2:

» Ein Beitragssatzanstieg von 10 Prozentpunkten ist hinnehmbar.

Die Autorinnen erklären, dass ein Beitragsanstieg der Sozialbeiträge in der Zeit von 2020 bis 2040 um zehn Prozentpunkte nur zu einem Anstieg der Bruttoarbeitskosten von 3,2 Prozent führen würde und daher vernachlässigt werden könne.¹⁵⁾ Das ist natürlich ein täuschendes Argument aus dem statistischen Elfenbeinturm. Wie bereits festgestellt, fließen viele Faktoren in die Bruttoarbeitskosten ein: beispielsweise Entgelte, Sonderzahlungen, Leistungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, Aufwendungen für betriebliche Altersvorsorge oder Sachleistungen.¹⁶⁾ Sollte die IG Metall das als Zusage meinen, in den nächsten 20 Jahren keine Lohnerhöhungen durchsetzen zu wollen, nehmen die Arbeitgeber diese Ankündigung wohlwollend zur Kenntnis, aber so ist es vermutlich nicht gemeint.

Eine Aussage über die Entwicklung bis zum Jahr 2040 unter der Annahme, dass alle anderen Parameter, wie Lohn, Steuern und weitere Lohnzusatzkosten gleichbleiben, ist sinnfrei. Hilfreich hingegen ist der Blick auf die tatsächliche Lage: Eine Arbeitsstunde in der Industrie

hat im Jahr 2020 41,60 Euro gekostet und war damit 46 Prozent teurer als im EU-Durchschnitt (28,50 Euro).¹⁷⁾

Etwas überraschend ist an dieser Stelle, dass eine Organisation, die die Interessen der Arbeitnehmer vertreten will, die resultierende Belastung der Arbeitnehmer gar nicht thematisiert. Ein Beitragsanstieg von 10 Prozentpunkten würde im Jahr 2021 für einen ledigen, kinderlosen Arbeitnehmer, der über 23 Jahre alt ist und ein Jahreseinkommen von 48.000 Euro bezieht, bedeuten, dass er statt 9.708 Euro nunmehr 12.096 Euro an Sozialversicherungsbeiträgen entrichten müsste. Damit würde sich sein verfügbares Nettoeinkommen um 2.388 Euro (5 Prozent) jährlich mindern. Die Verluste verewigen sich bei jeder kommenden Entgelterhöhung, denn auf jeden zusätzlichen Euro müssen auch die dann erhöhten Beiträge entrichtet werden.



IG-Metall-These 3:

» Zweifel an Prognos-Factsheet und der darin enthaltenen Kernaussage: Demografische Entwicklung wird zu einer Steigerung der Beiträge führen.

Die Autorinnen versuchen an dieser Stelle die statistischen Grundlagen zu diskreditieren, indem sie behaupten, die Berechnungen würden auf ideologisch bestimmten Vorannahmen basieren und seien nicht transparent.¹⁸⁾ Tatsächlich aber zitiert das so kritisierte Datenblatt die objektiven Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2019.²⁰⁾

Danach werden im Jahr 2040 rund 33 Prozent mehr über 66-Jährige und rund 11 Prozent weniger 20- bis

66-Jährige in Deutschland leben als im Jahr 2019. Die rechnerische Anzahl der 20- bis 66-Jährigen pro der über 66-Jährigen reduziert sich damit von 3,2 im Jahr 2019 auf 2,1 im Jahr 2040.²¹⁾ Bereits in der Voraufgabe zeichneten die durch das Statistische Bundesamt ermittelten Zahlen ein klares Bild: Mit einem Anteil von etwa 50 Prozent an der Erwerbsbevölkerung konnte schon damals nahezu jeder zweite Arbeitnehmer in Deutschland den geburtenstarken Jahrgängen zugerechnet werden.

15 Blank, Florian: Die Arbeitnehmer werden es schon schüttern?!, abzurufen unter: <https://www.wsi.de/de/blog-17857-zukunft-der-sozialversicherung-25937.htm> (zuletzt abgerufen am 27.07.2021)

16 Statistisches Bundesamt, Verdienste und Arbeitskosten, Fachserie 16, Heft 1 (2018), S.7

17 Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 203 vom 03.05.2021, abzurufen unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/05/PD21_203_624.html;jsessionid=3357DCD4E6F2C45C72A8F435A7E19D51.

18 Grabietz, Katharina / Janczyk, Stefanie: Sozialkassen nach Corona: Wer zahlt die Rechnung?, Blätter für deutsche und internationale Politik vom 22.07.2021

19 Hischik, Gwendolyn et. al.: 40+x? Sozialbeiträge im Fokus. Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge bis 2040, Prognos (Hrsg.), April 2021

20 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2019

21 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2019, Variante 2 G2-L2-W2

Das Statistische Bundesamt fasst zusammen: „Die Bevölkerungsvorausberechnung zeigt im Vergleich zu den früheren Projektionen kein völlig anderes Bild der demografischen Zukunft Deutschlands. Sie zeigt, dass auch eine steigende Geburtenhäufigkeit und eine dauerhaft hohe Nettozuwanderung die Alterung lediglich abbremsen und nicht verhindern kann. Die Zahl der Menschen im Erwerbsalter zwischen 20 und 66 Jahren wird voraussichtlich bis 2035 um 4 bis 6 Millionen abnehmen. Jeder zehnte Einwohner wird in 30 Jahren mindestens 80 Jahre alt sein.“²²⁾

Da Beiträge auf den Faktor Arbeit entfallen und von sozialversicherungspflichtigen Erwerbspersonen getragen werden, wird diese Entwicklung ohne Reformen und bei gleichbleibenden Leistungen notwendigerweise zu einem Beitragsanstieg in der gesetzlichen Renten-

versicherung, der sozialen Pflegeversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung führen müssen. Mit Blick auf diesen Trend und losgelöst von weiteren Prognosen, kann man ohne Weiteres Franz Müntefering (SPD) zustimmen, als er 2006 sagte: „Da muss man kein Mathematiker sein. Da reicht Volksschule Sauerland, um zu wissen: Wir müssen irgendetwas machen.“

Der Vorwurf der ideologiegefärbten Datenmanipulation ist damit klassische Projektion.



IG-Metall-These 4:

» **Sozialleistungen sollten in den Mittelpunkt gestellt werden. Der Generationenvertrag ist zukunftsfest, da auch künftige Generationen an den Leistungen partizipieren können. Damit wird nicht zulasten der künftigen Generation gehandelt.**

Leistungen in den Mittelpunkt stellen, aber nicht über deren Finanzierung reden? Ein Prinzip, das Verkäufer von Schrottimmobilien auch bevorzugen. Aber von der unappetitlichen Gesellschaft abgesehen: Das blendet das Ausmaß der intergenerativen Lastenverschiebung völlig aus. Jüngere Erwerbstätige werden über ihr Berufsleben hinweg deutlich höhere Beitragslasten schultern müssen als die vorangegangenen Generationen.²³⁾ Alleine der Umstand, dass auch die spätere Generation Renten- oder Pflegeleistungen beziehen können, kann diese Lastenverteilung nicht kompensieren. Zum einen führt eine größere Abgabenbelastung zu einem niedrigeren Nettoeinkommen. In der Folge werden jüngere Generationen weniger Vermögen aufbauen und weniger ergänzende private Vorsorge betreiben können. Zum anderen führt die gekippte Lastenverteilung dazu, dass die jüngeren Generationen, die ihre Rente erst in Zukunft beziehen werden, sich mit einem nied-

rigen Sicherungsniveau zufriedengeben werden müssen als heutige Rentnergenerationen.²⁴⁾ Neben anderen zahlreichen Studien²⁵⁾ weist auch der aktuelle Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung in einer „Langfristberechnung“ auf ein Absinken des Rentenniveaus bis zum Jahr 2034 um 3 Punkte auf 46 Prozent hin, bei gleichzeitigem Anstieg des Beitragssatzes von derzeit 18,6 Prozent auf dann 22,4 Prozent.²⁶⁾

Der Eindruck verfestigt sich: Die IG Metall will um jeden Preis von der Frage ablenken, wie und von wem die Leistungen zu bezahlen sind. Damit ist ihre Sozialpolitik so nachhaltig wie Dynamitfischen.



22 Abzurufen unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/aktualisierung-bevoelkerungsvorausberechnung.html> (zuletzt abgerufen am 09.07.2021)

23 Pimpertz, Jochen et. al.: Nachhaltigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung, IW (Hrsg.) Köln 2021, S. 4

24 Pimpertz, Jochen et. al.: Nachhaltigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung, IW (Hrsg.) Köln 2021, S. 4

25 Pimpertz, Jochen et. al.: Nachhaltigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung, IW (Hrsg.) Köln 2021, S. 5 f. m.w.N.; Aretz, Bodo et. al.: Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) 2016; Ehrentraut, Oliver et.al.: Sozialbeitragsentwicklung und Beschäftigung: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen steigender Beitragssätze in der Sozialversicherung und Finanzierungsalternativen, Prognos (Hrsg.) 2017

26 Rentenversicherungsbericht 2020, BMAS (Hrsg.)

IG-Metall-These 5:

» Es wird nicht die Frage beantwortet, wie man unter veränderten Rahmenbedingungen soziale Sicherung solidarisch und nachhaltig finanzieren kann.

Diese These ist weiteres Beispiel für Projektion. Zwar gefallen die Antworten der Arbeitgeber den IG-Metallerinnen vielleicht nicht, aber da sind sie sehr wohl. Zahlreiche Gutachten, Studien und Beiträge aus den letzten Jahren beschäftigen sich explizit mit diesem Thema.²⁷⁾ So hat beispielsweise die BDA-Kommission „Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen“ einen Abschlussbericht vorgelegt, der eine Vielzahl an Maßnahmen für die jeweiligen Versicherungszweige enthält, die eine nachhaltige und solidarische Finanzierung bei gleichbleibendem Sicherungsniveau zum Ziel haben.²⁸⁾ Ohne Leistungen zu begrenzen und die Bedarfe der Versicherten außer Acht zu lassen, wird beispielsweise eine einheitliche Effizienzstrategie für die gesamte Organisation und Verwaltung der Sozialversicherung gefordert. Ziele dieser Strategie sollten v.a. sein, spezielle Kostentreiber zu identifizieren und allgemeine Effizienzpotenziale in der Verwaltung der Sozialversicherung zu lokalisieren und Einsparmöglichkeiten transparent zu machen. Zudem sollten Aufgaben zentralisiert und Doppelstrukturen abgeschafft werden.

Aktuell ist die Sozialversicherung in ein komplexes Geflecht von Träger- und Aufsichtsstrukturen eingebettet. Hier steckt großes Potenzial für Vereinfachungen, Organisations-, Verfahrens- und Kostenoptimierung.

Letztlich ist auch der Vorwurf, die Arbeitgeber würden mit der Forderung nach einer Erhöhung des Renteneintrittsalters Sozialabbau betreiben wollen, ein ideologisch motiviertes Ablenkungsmanöver. Die steigende Lebenserwartung und damit längere Rentenbezugsphase ist Fakt.²⁹⁾ Im Jahr 2020 lag die durchschnittliche Rentenbezugsdauer bei 20,2 Jahren.³⁰⁾ Im Vergleich dazu haben westdeutsche Rentner im Jahr 1960 durchschnittlich lediglich 10,6 Jahre Rente bezogen.³¹⁾ Auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hält die Koppelung des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung für unumgänglich.³²⁾



IG-Metall-These 6:

» Weg vom Zahlenformalismus. Der Sozialstaat sichert gegen Risiken, die das kapitalistische Wirtschaftssystem produziert.

So bezeichnend dieser Vorwurf für die weltanschauliche Prägung der Autorinnen auch sein mag, so unklar ist, was konkret damit gemeint sein soll. Der Sozialstaat sichert allgemeine Lebensrisiken wie beispielsweise Alter, Tod und Krankheit ab: Alter, Krankheit und Tod kommen in allen Wirtschaftssystemen vor. Durch die steigende Lebenserwartung in Deutschland (aktuell neu-

geborene Mädchen 83,4 Jahre; neugeborene Jungen 78,6 Jahre)³³⁾ erhöhen sich die mit diesen Risiken verbundenen Kosten, insbesondere bei der Pflege. Das Risiko der Pflegebedürftigkeit steigt mit zunehmendem Alter. Laut dem Statistischen Bundesamt liegt das Risiko pflegebedürftig zu sein bei den 70- bis 74-Jährigen bei rund 8 Prozent. Für Menschen ab dem 90. Lebensjahr

27 Et.al. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Vorschläge für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, 04.05.2021; Pimpertz, Jochen/ Schüler, Ruth Maria: IW Gutachten zur Nachhaltigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung, Köln, Mai 2021

28 Bericht der BDA-Kommission „Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen“ vom 29.07.2020

29 Ebenda S. 35 ff.

30 Statistik der Deutschen Rentenversicherung Bund – Versicherte, Rentenzugang und -wegfall, Rentenbestand, Rehabilitation, Rentenzahlbestand, Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.), Stand Juni 2021

31 Bundeszentrale für politische Bildung vom 16.4.2014, abzurufen unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61863/rentenbezugsdauer> (zuletzt abgerufen am 27.07.2021)

32 Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, BMWi (Hrsg.), Vorschläge für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, 04.05.2021, S. 25 ff.

33 Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 331 vom 09.07.2021, abzurufen unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/07/PD21_331_12621.html (zuletzt abgerufen am 12.07.2021)

wurde die höchste Pflegequote ermittelt: Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung in diesem Alter betrug 76 Prozent.³⁴⁾ Auch ist Alter eines der wesentlichen Risikofaktoren bei vielen Krankheiten, wie beispielsweise Krebserkrankungen.³⁵⁾

Betrieblich bedingte Unfälle und Krankheiten werden durch die gesetzliche Unfallversicherung getragen. Die Unfallversicherung hingegen wird zu hundert Prozent vom Arbeitgeber finanziert. Die Beiträge werden nicht zum Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz hinzuge-rechnet und fallen somit nicht unter die 40-Prozent-Grenze. Auch das Risiko einer Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers infolge Krankheit wird nicht von der gesetzlichen bzw. privaten Krankenversicherung getragen. Für einen zeitlich begrenzten Zeitraum wird der Arbeit-

geber verpflichtet, dem Beschäftigten die Vergütung zur Sicherung des Lebensunterhalts fortzuzahlen. Auch in der Altersvorsorge engagieren sich viele Arbeitgeber und sorgen für ihre Mitarbeiter ergänzend vor.

Den Hinweis auf die Beitragslast und deren Folgen für Arbeitsplätze und Beschäftigte als „Zahlenformalismus“ abzuqualifizieren spricht für sich.



IG-Metall-These 7:

» Mit den 40 Prozent soll Sozialpolitik zur formalistischen Kostendebatte werden. Ein Bild, das den Sozialstaat bewusst zu einer lästigen Institution degradiert.

Ein starker Sozialstaat ist grundlegend und in seiner Funktion Lebensrisiken abzufedern, Lebensbedingungen anzugleichen und den gesellschaftlichen Zusammenhang zu stärken, für eine Demokratie elementar. Da der Sozialstaat auf einem gesellschaftlichen Konsens gründet, ist die Debatte über Grenzen und Leistungsfähigkeit nicht nur zulässig, sondern notwendige Voraussetzung für die Existenz eines Sozialstaates. Die Fragen danach können dem Sozialstaat weder schaden noch ihn erschüttern. Was ihn hingegen gefährdet, sind Denkverbote und das Schüren von Ängsten um möglichen Sozialabbau, und eine Überforderung der Beitragszahler, mit denen die zugrundeliegende Solidarität missbraucht wird.

Ebenso problematisch ist, wenn der Sozialstaat Erwartungen weckt, die nicht erfüllt werden können. Daher ist es wichtig, den Sozialstaat ideologisch nicht zu überfrachten.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung definierte in seinem Jahresgutachten 1995/96 die Rolle wie folgt: „Die unverzichtbare Grundfunktion der Sozialversicherung ist es,

kollektive Vorsorge für Alter, Krankheit und andere Not-situationen zu schaffen, wo dies auf individueller Basis nicht möglich ist oder aus anderen Gründen unterbleibt. Kollektive Vorsorge ist umso dringlicher, je begrenzter die Möglichkeiten des Einzelnen zur individuellen Vor-sorge sind.“³⁶⁾

Diese subsidiäre Funktion der staatlichen Fürsorge wurde in der Vergangenheit aus dem Blick verloren und der Sozialstaat fortwährend ausgebaut. Die zunehmende Gewichtung sozialpolitischer Ziele kommt u.a. durch den schnelleren Anstieg der Sozialschutz-ausgaben im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Leistung zum Ausdruck.³⁷⁾ So überschritt das Sozialbudget 2019 erstmals die Billionengrenze und betrug 1.045,3 Milliarden Euro. Damit wuchs das Sozialbud-get um 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Ver-gleich dazu stieg das Bruttoinlandsprodukt um nur 2,8 Prozent.³⁸⁾ Die Corona-Krise hat die Sozialausgaben in Deutschland gar auf einen historischen Höchststand getrieben: Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik lenkte der Staat mehr als ein Drittel der gesamten Wirt-schaftsleistung in Sozialleistungen. In absoluten Zahlen

34 Statistisches Bundesamt, Statistik „Pflegequote nach Altersgruppen 2019“ abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Hintergruende-Auswirkungen/demografie-pflege.html> (zuletzt abgerufen am 09.07.2021)

35 Statistik zu Krebsdiagnosen im Lebenslauf, Robert Koch Institut, abrufbar unter: https://www.krebsdaten.de/Krebs/DE/Content/Publikationen/Kurzbeitraege/Archiv2018/2018_4_Thema_des_Monats_lebensverlauf.html (zuletzt abgerufen am 09.07.2021)

36 Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1995/1996, S. 181

37 Fuest, Winfried / Pimpertz, Jochen: Sozialschutz in Deutschland – empirische Bestandsaufnahme und methodische Probleme, September 2006, S. 1

waren das im vergangenen Jahr 1.119,4 Billionen Euro.³⁹⁾ Damit lag die Sozialleistungsquote, gemessen am Bruttoinlandsprodukt mit 33,6 Prozent, um 2,8 Prozentpunkte höher als auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009.⁴⁰⁾ Die in dem Bericht enthaltene Prognose zeigt zudem, dass die Regierung auch über die Corona-Pandemie hinaus ein starkes Ausgabenwachstum erwartet: Trotz des erwarteten neuen Konjunkturaufschwungs im Jahr 2025, wird davon ausgegangen, dass der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt bei 32 Prozent liegen wird und damit fast 3 Prozentpunkte höher als zur Mitte des vergangenen Jahrzehnts.

Daher ist dem Sachverständigenrat auch zuzustimmen, als er feststellte, dass man erwarten könne, „dass mit der Zunahme von Einkommen und Wohlstand in der Bundesrepublik im Laufe der Jahre das relative Gewicht der Sozialversicherung zurückgegangen wäre. Genau das Gegenteil ist eingetreten: Der durch die Kassen der Sozialversicherung fließende Anteil des Volkseinkommens wird immer größer, und von den Bürgern wird dies zwiespältig aufgenommen. Einerseits kommt es dem starken Bedürfnis nach mehr und mehr Absicherung entgegen,

andererseits wird die dadurch bedingte Minderung der verfügbaren Einkommen beklagt. Der Zusammenhang zwischen gegenwärtiger Abgabenbelastung und zum Teil erst in ungewisser Zukunft liegenden Leistungen der Sozialversicherung wird nicht richtig wahrgenommen.“⁴¹⁾

Ferner – und das ist besonders fatal – sind hohe Ausgaben kein Indiz für eine gute soziale Absicherung. Denn die Gleichung: „Je höher die Sozialausgaben und die Sozialleistungsquote, um so ‚sozialer‘ die Gesellschaft“ ist ein Trugschluss. „Das Sozialbudget informiert nur über den finanziellen Einsatz, aber nicht über deren Wirksamkeit, nicht mal über deren Notwendigkeit. Hohe Kosten können im Gegenteil sogar ein Indikator für besondere Ineffektivität und Ineffizienz sein, worauf vor allem die Verhältnisse in manchen Bereichen der gesundheitlichen Versorgung hindeuten.“⁴²⁾



Zusammenfassung

Die 40-Prozent-Grenze ist – anders als von den Autorinnen behauptet – kein Dogma. Vielmehr ist die Forderung einerseits eine Mahnung, nicht die Tatsache auszublenden, dass Geld, das verteilt wird, zunächst erwirtschaftet werden muss. Andererseits ist sie ein Gebot, sorgfältig zwischen Eigenverantwortungsprinzip und staatlicher Fürsorge abzuwägen und nach effizienten Lösungen für sozialpolitische Herausforderungen zu suchen.

Entsprechend dem von Ludwig Erhard (CDU) postulierten „Obersatz, dass jede wirksame soziale Hilfe nur auf Grundlage eines ausreichenden und wachsenden Sozialproduktes, und das bedeutet eben einer leistungsfähigen Wirtschaft, zu ermöglich ist“⁴³⁾, setzt eine seriöse und nachhaltige Sozialpolitik einen ehrlichen Blick auf die künftig zu erwartenden Kenngrößen des Sozialstaats voraus. Nicht zuletzt hat Corona uns deutlich gemacht,

wie volatil die Weltwirtschaft ist. Und dies war etwas, worauf wir uns langfristig nicht vorbereiten konnten. Umso gefährlicher ist es, vorhersehbare Tatsachen auszublenden, wie die heute feststehende Verschiebung des Verhältnisses zwischen den Personen, die die Sozialversicherungen finanzieren müssen und derer, die Leistungen empfangen werden. Daher braucht es Augenmaß bei der Ausgestaltung des Sozialstaates und Planungssicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Begleitet von weiteren Strukturreformen trägt die Begrenzung des Gesamtsozialversicherungsbeitragssatzes hierzu bei. Die kommende Legislaturperiode ist zwingend für eine strukturelle Reform des Sozialstaates zu nutzen, um das ehrgeizige und notwendige 40-Prozent-Ziel anzugehen und die Sozialversicherung zukunftsfest zu gestalten.

38 Sozialbudget 2019, BMAS (Hrsg.), S. 8

39 Sozialbericht 2021, BMAS (Hrsg.), S. 247

40 Eingehend zur Sozialleistungsquote vgl. Fuest, Winfried / Pimpertz, Jochen: Sozialschutz in Deutschland – empirische Bestandsaufnahme und methodische Probleme, September 2006, S. 2 ff.; vgl. auch Bäcker Gerhard et. al.: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Ein Handbuch, Band 1, Wiesbaden 2020, S. 64 ff.

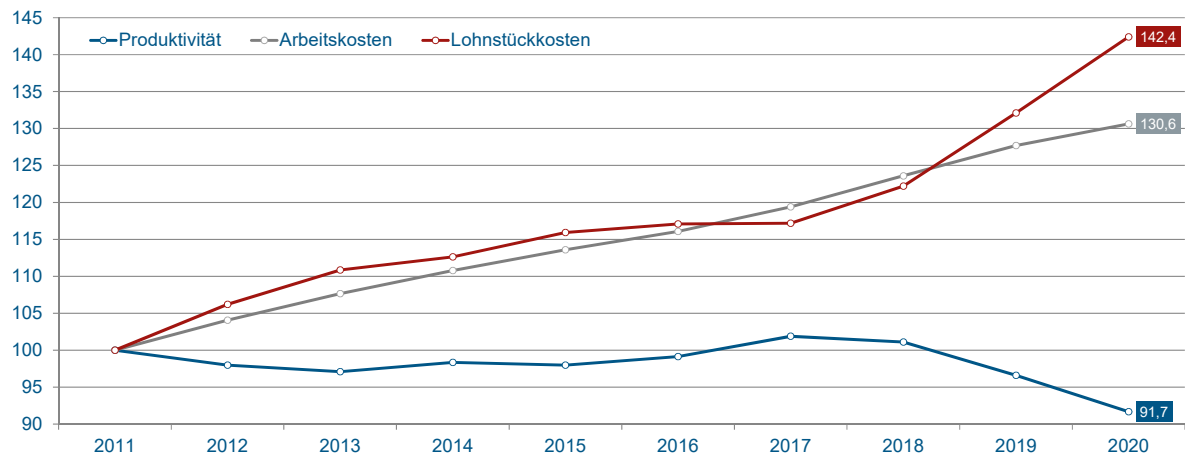
41 Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1995/1996, S. 181

42 Bäcker Gerhard et. al.: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Ein Handbuch, Band 1, Wiesbaden 2020, S. 68 f. soziale Lage in Deutschland. Ein Handbuch, Band 1, Wiesbaden 2020, S. VII.

Anhang: Wirtschaftliche Fakten

Arbeitskosten & Produktivität: Steigende Lohnstückkosten gefährden Wettbewerbsfähigkeit

Entwicklung von Arbeitskosten, Produktivität und Lohnstückkosten in der M+E-Industrie seit 2011, Index (2011 = 100)

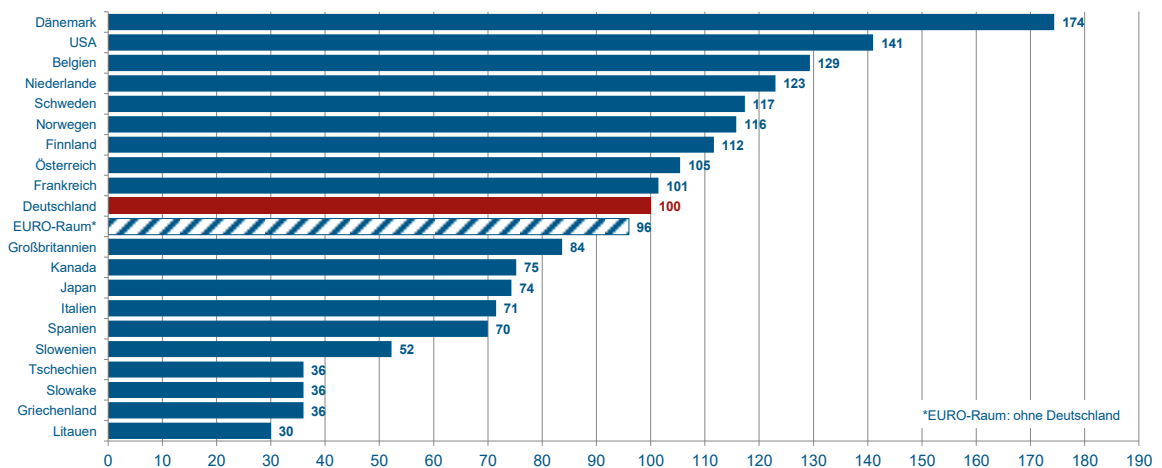


Quelle: Statistisches Bundesamt, Gesamtmetall-Berechnungen

Abbildung 1

Produktivität International: Deutschland nur noch im Mittelfeld

Verarbeitendes Gewerbe, Bruttowertschöpfung je Stunde, 2020, Wechselkurs-Basis, Index (Deutschland = 100)

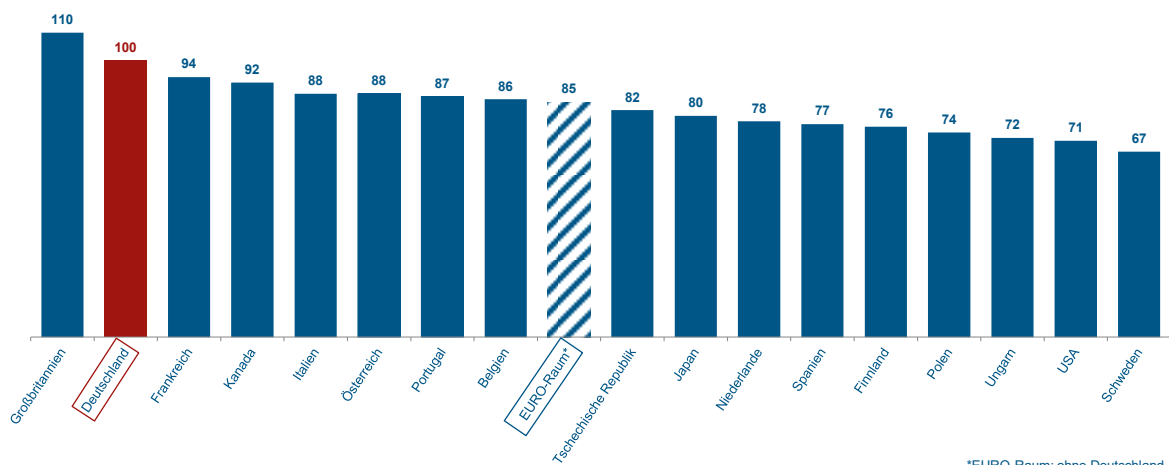


Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2

Lohnstückkosten international: Deutschland mit an der Spitze

Verarbeitendes Gewerbe, 2020, Index (Deutschland = 100)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3

IMPRESSUM

Gesamtmittel | Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Voßstraße 16
10117 Berlin

Abteilung Sozialpolitik.
E-Mail: sozialpolitik@gesamtmetall.de

www.gesamtmetall.de
www.facebook.com/MEArbeitgeber
www.twitter.com/MEArbeitgeber

© Gesamtmittel, Oktober 2021